

Stadtverwaltung Bad Vilbel
z. H. Herrn Bürgermeister
Dr. Thomas Stöhr
Parkstraße 15
61118 Bad Vilbel

Bad Vilbel, der 29. Januar 2013

Sehr geehrter Herr Dr. Stöhr,

wie Ihnen bekannt ist, kritisieren wir Eltern und Elternbeiräte in Bad Vilbel den Entwurf der neuen Satzung und der geplanten Gebührenerhöhung für die Kindertagesstätten einschließlich Horten. Auf Druck der Elternschaft kam es zur Gründung des Arbeitskreises, der dazu dienen sollte, alle Betroffenen an einen Tisch zu holen und die einzelnen Meinungen kennen zu lernen und eine einvernehmliche Lösung anzustreben.

Wir haben Frau Freund-Hahn, Leiterin des Arbeitskreises und zuständige Dezernentin sowie Frau Wambach als Leiterin des Sozialamtes am 17.01.2013 ein gemeinsames Positionspapier der Eltern und Elternbeiräte zugesandt. Darin enthalten sind unsere Positionen und Anforderungen an eine moderne und zukunftsorientierte Kindertagesstättensatzung sowie die Bitte um Erläuterungen und Berechnungen, die eine Gebührenerhöhung begründen/rechtfertigen.

Bereits in der zweiten Sitzung des Arbeitskreises vom 4. Dezember 2012 wurde uns seitens der zuständigen Vertreter der Stadt zugesagt, dass wir entsprechende Unterlagen und Berechnungen bis Mitte Januar, mindestens aber eine Woche vor dem nächsten anberaumten Zusammentreffen am 28. Januar 2013 bekommen. Noch am 16. Januar 2013 sagte Frau Freund-Hahn Frau Skorupski persönlich zu, uns all diese Unterlagen bis zum 19. Januar 2013 vormittags zukommen zu lassen.

Aus diesem Grund haben wir Elternvertreter ein Vorbereitungstreffen am 21. Januar eingeplant.

Leider waren trotz Zusage zu diesem Termin noch keinerlei Unterlagen vorgelegt worden, obwohl wir Frau Freund-Hahn am 21. Januar nochmals danach fragten, worauf keinerlei Reaktion erfolgte.

Daraufhin haben wir Frau Wambach und Frau Freund-Hahn am 22. Januar 2013 vormittags um eine Terminverschiebung gebeten, leider ebenfalls ohne jede Reaktion. Am selben Tag kamen dann kurz nach 16 Uhr die ersten Seiten mit Verbesserungsvorschlägen (datiert mit dem 5. Dezember 2012!).

Um uns bis zum 28. Januar damit – dem wichtigen Thema adäquat – ausreichend und gemeinsam beschäftigen zu können, fehlte uns vier ehrenamtlichen Elternvertretern, allesamt mit zahlreichen anderen Verpflichtungen und vollen Terminkalendern, die Möglichkeit. Trotz weiterer Bitten von uns um Verschiebung des Termins kam von Frau Freund-Hahn und Frau Wambach keine Reaktion, wir wurden ignoriert und haben daraufhin unsere Teilnahme am 28., die einfach keinen Sinn gemacht hätte, gezwungenermaßen abgesagt. Bis zum letzten Moment haben wir dabei weiter um eine Verlegung des Termins,

und sei es auch nur um eine Woche, gebeten – wir wurden am Ende abgeschmettert, wobei Frau Freund-Hahn sich nicht einmal persönlich meldete, sondern Frau Wambach vorschickte.

An dieser Stelle beschwerten wir uns über die Art und Weise, wie Ihre Mitarbeiterinnen mit den Elternvertretern umgehen. Es ist eine Sache von Respekt und Höflichkeit, sich wenigstens zeitnah zu melden und zu reagieren.

Und dass Frau Freund-Hahn uns – nachdem sie selbst den Lauf der Dinge in dieser Richtung forciert hatte – dann in einer Pressemeldung öffentlich unterstellte, wir wollten in der Sache nicht vorankommen, grenzt an Unverschämtheit. Offensichtlich werden wir, mit großem persönlichem Engagement, ehrenamtlich im Sinne der Bürger tätigen Elternvertreter hier mit dem politischen Gegner verwechselt.

Den gestrigen Abend haben wir Elternvertreter, eben *weil* wir in der Sache vorankommen wollen, tatsächlich für diese Sache genutzt und die neu vorgelegten Unterlagen durchgearbeitet.

Vorweg möchten wir festhalten: Wir haben die rechtzeitige Vorstellung eines überarbeiteten Satzungsentwurfs erwartet. Die erhaltenen Stichpunkte und Fragmente reichen nicht aus, um in eine offene Diskussion zu gehen.

Dennoch haben wir alles Vorgelegte intensiv ausgewertet. Daraus ergeben sich weitere sowie verbliebene Kritikpunkte, die wir Ihnen an dieser Stelle darlegen möchten. Wir wenden uns dabei an Sie persönlich, Herr Dr. Stöhr, denn nach den Erfahrungen, die wir machen mussten, sehen wir darin die einzige Möglichkeit, vielleicht doch noch eine faire Diskussion zu erreichen.

Denn wir möchten betonen, dass wir durchaus Interesse an einer weiteren Zusammenarbeit haben.

1. Gebühren

Wir fordern den Verzicht auf die geplante Erhöhung der Kitagebühren (umfasst U3, Kindergarten und Hort) und sehen trotz Kostensteigerungen sowie weggefallenen Zuschüssen des Wetteraukreises keine zwingende Notwendigkeit, die Gebühren überhaupt zu erhöhen.

- Außer bereits bekannten Floskeln haben wir bis heute keine plausible Begründung der Erhöhung erhalten.
- Bisher wurden uns keinerlei Annahmen benannt, nach denen man die Notwendigkeit sowie die Höhe einer Gebührenerhöhung nachvollziehen kann. Jeder Haushalts- und Budgetplan richtet sich nach einer Analyse des Bedarfes und sucht nach passenden Möglichkeiten. In Bad Vilbel scheint es solche Herangehensweisen nicht zu geben.
- Eine Darstellung, inwieweit sich die zwischenzeitlich zugesagten Landesmittel jetzt auf Bad Vilbel auswirken, fehlt ebenfalls.
- Gibt es alternative Einnahmequellen, die die Stadt zum Ausgleich nutzen kann? Wo gibt es sonstige Einsparmöglichkeiten, um eine Erhöhung zu umgehen?

Um ein sozial verträgliches Konzept für eventuelle Gebührenerhöhungen zu erarbeiten, soll nach unserer Meinung folgendermaßen vorgegangen werden:

1. Im ersten Schritt muss der nötige "Mehrbetrag" an Einnahmen richtig bestimmt werden. Dies beinhaltet eine realistische Kalkulation der Kostensteigerungen seit der letzten Gebührenanpassung sowie die Berechnung des Saldos zwischen weggefallenen und hinzugekommenen Subventionen von Kreis-, Landes- und Bundesebene seither. Wir bitten die Stadt, hier transparente und nachvollziehbare Zahlen zu liefern.
2. Anschließend muss dieser Betrag in Relation zu den Einnahmen auf Basis des alten Preismodells gesetzt werden. Das Ergebnis dieser Berechnung ist die durchschnittliche nötige Gebührenerhöhung.

Es ist klar und wird auch akzeptiert, dass bei diesen Kalkulationen an einigen Stellen mit Annahmen und Vereinfachungen gearbeitet werden muss. Wir erwarten aber, dass all dies ebenfalls für uns transparent und nachvollziehbar gemacht wird. Da es in Bad Vilbel bereits im U3-Bereich bis 2008 ein einkommensabhängiges System zur Gebührenbestimmung gegeben hat, gehen wir davon aus, dass es auch Musterzahlen gibt. Des Weiteren gibt es durchaus statistische Zahlen, nach denen man den Mehraufwand der einzelnen Familien bestimmen kann (Zensus, destatis).

3. Erst anschließend kann ein neues Gebührenmodell erarbeitet werden, um diese Erhöhung sozial verträglich auf die Eltern zu verteilen.

Solange jegliches ernsthaftes Bemühen der Stadt fehlt, uns aussagekräftige Informationen zu den Schritten 1 und 2 zu geben, werden wir Eltern und Elternbeiräte keinerlei Gebührenerhöhung zustimmen.

Seitens der Sozialdezernentin Frau Freund-Hahn soll zukünftig ein lineares System zur Berechnung der Kitagebühren zum Tragen kommen, das das Familienbruttoeinkommen berücksichtigen soll.

Zur Berechnung des linearen Systems wurde uns am vergangenen Freitagnachmittag, wohlgemerkt, nach der Absage der Elternvertreter, ein Gebührenrechner zur Verfügung gestellt.

- Es lässt sich nicht nachvollziehen, woher die Einkommensgrenzen kommen. Wir hoffen natürlich sehr, dass seitens der Stadt so wichtige Entscheidungen nicht „aus dem Bauch heraus“ getroffen werden.
- Dazu fehlen bis heute noch Aussagen, wie die Erhebungssystematik tatsächlich ausschauen soll und wie der Datenschutz gewährleistet wird. Wie soll das Einkommen bestimmt werden, was passiert bei unverheirateten Familien – das sind Beispiele für Fragen, die noch nicht beantwortet werden konnten.
- Im Hortbereich ist nicht nachvollziehbar, warum die Gebühren so gravierend steigen sollen, wenn doch nach eigener Angabe die Kosten die gleichen wie im Kindergartenbereich sind.
- Ferienspiele waren bisher in den Hortgebühren inbegriffen und sollen zukünftig zusätzlich gezahlt werden. Eine Begründung dafür gibt es nicht.
- Ein weiterer Faktor, der auch zum Tragen kommt und die Kosten wieder unabsehbar in die Höhe treiben wird, ist der Verwaltungsaufwand. In diesem Zusammenhang auch: Wie sollen die freien und konfessionellen Träger zukünftig mit diesem Aufwand zurechtkommen? Sie können nicht auf den Verwaltungsapparat der Stadt zählen.

2. Korrektur weiterer geplanter Änderungen

Diverse zusätzlich zu der Gebührenerhöhung geplante Änderungen führen zu weiteren unkalkulierbaren Verteuerungen.

- Eine Strafgebühr für verspätete Abholung von 5 Minuten ist extrem unkulant und geht an der Alltagssituation berufstätiger Eltern (man denke nur an die wechselnde Verkehrssituation und an Verspätungen bei öffentlichen Verkehrsmitteln) vorbei. Es fehlt auch weiterhin eine Bezifferung der Strafgebühren.
- Zudem bedeutete es faktisch eine Verkürzung der gebuchten Betreuungszeit, wenn die Kita bis zum Ende dieser verlassen sein muss (und man davon ausgeht, dass das Kind erst einmal gefunden, verabschiedet und angezogen werden muss).
- Positiv sehen wir den Lösungsansatz für die Notdienstregelung als Kautionsregelung. Allerdings muss unseres Erachtens der Zeitraum für die Buchung noch angepasst/aufgenommen werden. In diesem Jahr beispielsweise müssen die Kinder bereits Ende Januar, also über fünf Monate vor dem betreffenden Zeitraum, verbindlich und unwiderruflich angemeldet werden. Viele Eltern haben zu diesem Zeitpunkt aber ihre Jahresurlaubsplanung noch nicht abgeschlossen. Auch dazu haben wir Frau Wambach eine schriftliche Anfrage gestellt (Email vom 22. Januar 2013) und bisher keinerlei Antwort bekommen.
- Ein weiterer Schritt in die richtige Richtung ist die Streichung der sog. Wickelpauschale, die pädagogisch nicht begründbar und diskriminierend wäre.

3. Verbesserung des Angebots

- Wir Elternvertreter begrüßen die ab dem neuen Kita-Jahr zugesagten einheitlichen Öffnungszeiten in den Kindertagesstätten. Leider steht die Bestätigung der einheitlichen, vollen Öffnung auch an Brückentagen noch aus.
- Flexibilität und Modularisierung über alle Kita-Bereiche beinhaltet auch eine Platzteilungsmöglichkeit oder die Möglichkeit, auf bestimmte festzulegende Wochentage zu verzichten, sowie die Möglichkeit an unterschiedlichen Tagen unterschiedliche Betreuungszeiten zu buchen. Auf diese Punkte wurde nicht eingegangen.

Ebenfalls steht noch eine Antwort in folgenden Punkten aus:

- Kein Wegfall der Betreuungsangebote (U3, Ü3 mit Mittagessen, Hort) bei Geburt eines Geschwisterkindes
- Abschaffung der Vergabe von Plätzen nach Arbeitsplatz und –zeit
- Im U3-Bereich gibt es keine Möglichkeit der Abholung der Kinder vor dem Mittagessen. Hier muss es aber, im Kontext der Gebührenerhöhungspläne, ebenfalls eine Flexibilisierung geben, da gerade diese Möglichkeit manchen Eltern die Chance gibt, diese völlig überbezahlten Plätze zu bezahlen.
- Auch bitten wir, das Mittagessensthema im Kiga-Bereich gerade wegen des starken sozialen Aspekts für die betroffenen Kinder positiver, das heißt mit einem lösungsorientierten Ansatz anzugehen, statt wie bisher die damit verbundenen Probleme in den Vordergrund zu stellen.

An dieser Stelle möchten wir Sie noch einmal deutlich darauf hinweisen, dass Sie und Ihre MitarbeiterInnen es hier nicht mit politischen Gegnern, sondern mit engagierten Eltern und gewählten Elternvertretern zu tun haben. Wir und unsere Kinder sind die Betroffenen einer solchen Satzung und es muss uns ein zumutbarer Vorbereitungsrahmen gegeben werden, um uns abstimmen zu können.

Gezeichnet

Jörn-Gabriel Schmidt

Sabine Kirner

Maria Skorupski